

Anträge sind komplizierter als die Steuererklärung

Völlig unterschiedliche Meinungen zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden am Mittwoch im Sozialausschuss des Bielefelder Rates deutlich. Während der Vorsitzende Günter Garbrecht MdL (SPD) das Funktionieren in Bielefeld zum 01.01.2005 zumindest für die Auszahlung der Leistung voraussagte, befürchtete CDU-Politikerin Angelika Gemkow MdL ein bürokratisches Umsetzungschaos zum geplanten Termin. Sie plädierte für ein Verschieben der Reform, damit mehr Zeit zum Organisieren bleibt.

Angelika Gemkow: Meine Meinung zu Hartz IV und zur Haltung der SPD:

Die SPD verhält sich wie preußische Beamte. Die Hacken werden zusammen-gepresst und die Obrigkeit in Berlin (Bundesregierung) darf nicht kritisiert werden. Ich erwarte, dass der Unmut über falsche Vorgaben von unten nach oben weitergegeben wird, damit wir kein neues "Mautdesaster im Sozialbereich bekommen".

Wir dürfen in Bielefeld keine Schönfärberei betreiben, die Größenordnung und die Dimension dieser eigentlich gut gedachten Sozialreform ist in Berlin völlig unterschätzt worden. Es gibt 1.000 Probleme und 1.000 offene Fragen. Vor allem sind die Finanzierungsgrundlagen noch völlig unklar.

Das Hickhack darf nicht zulasten der von der Reform betroffenen 38.000 Menschen und der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Agentur für Arbeit (früher Arbeitsamt) und im Rathaus gehen. Diese treffen keine Schuld, wenn Gesetze in so kurzer Zeit nicht umzusetzen sind und wichtige Grundlagen noch fehlen.

Ganz davon abgesehen, dass die vorhergesagten finanziellen Milliarden-Einsparungen nicht zutreffen und neue Millionenbelastungen auf die Stadt zukommen. Das komplizierte Antragsverfahren der neuen Sozialleistung ist bis zum 01.01.2005 nicht ordnungsgemäß zu bewältigen. Für 19.000 Bielefelder Familien und alleinstehende Arbeitslose müssen 8-seitige Anträge einzeln abgearbeitet werden. Die Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfebezieher müssen die Anträge ganz individuell **ausfüllen und bei den Ämtern vorsprechen. Die Anträge sind komplizierter als die Steuererklärung.** Zahlreiche Ausweise, Bescheinigungen, Verträge und Dokumente müssen von den Menschen mitgebracht werden. Die Antragsteller müssen Auskunft zu Einkommen, Beruf, Arbeitsverhältnissen, Rentenversicherung, Sozialversicherung geben, bevor sie die neue Sozialleistung erhalten. Sie müssen die "persönlichen Verhältnisse des Partners" darlegen, zu unterhaltspflichtigen Angehörigen, zu Mehrbedarfen, Auskunft geben zu den Vermögensverhältnissen, weil die Ersparnisse bis auf die Freibeträge verbraucht werden müssen. Ferner müssen Auskünfte zur Miete und zu den Heizkosten gemacht werden. Viele Menschen wird das völlig überfordern, es werden Fehler gemacht, falsche Bescheide geschrieben, Widersprüche fallen an usw. usw.

Es gibt jetzt noch keine EDV-Programme!!! Ganz davon abgesehen, dass diese erst probeweise gefahren werden müssen. Diese komplizierte Materie im Sozialbereich erfordert qualifizierte Mitarbeiter und Fallmanager, die erst für die neuen Aufgaben ausgebildet werden müssen.

Mit der Reform ist die Kürzung der Arbeitslosenhilfe für viele Menschen verbunden, genauso wie die Anrechnung der Ersparnisse. Eines darf nicht passieren, dass die Arbeitslosenhilfe gekürzt wird und die Ersparnisse verbraucht werden müssen; dass die im Gesetz vorgesehenen Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht erfolgen.

Angelika Gemkow